



4. Sitzung des Einwohnerrates

vom Freitag, 27. August 2010, 18.00-22.15 Uhr
Bürgerasyl

Vorsitz:	Cantieni Arthur	SP	Präsident
Anwesend:	<u>Einwohnerrat</u>		
	Derrer Jörg	SP	Stimmenzähler
	Eimer Claudia Pia	Parteilos	
	Käser Werner	FDP	
	Knecht Ursula	FDP	
	Lengwiler Guido	Pro Stein	
	Marty Franz	CVP	Vizepräsident
	Oster Rolf	SP	
	Rietmann Katharina	Pro Stein	
	Schlatter Richard	Pro Stein,	Aktuar
	Schmid Werner	FDP	Stimmenzähler
	Ullmann André	Pro Stein	
	Weibel Urs Dr.	SP	
	<u>Stadtrat</u>		
	Hostettmann Franz	Stadtpräsident	
	Böhni Ernst	Werkreferent	
	Hug Beat	Baureferent	
	Meile René	Sozialreferent	
	Schilling Heidi	Finanzreferentin	
	<u>Verwaltung</u>		
	Brügel Stephan	Stadtschreiber	
	Hirschi Beat	Polizeichef/Weibel	
	<u>Geschäftsprüfungskommission</u>		
	Häberli Roland	Präsident	
	Oderbolz Markus	Mitglied GPK	
	Schäffeler René	Mitglied GPK	
Protokoll:	Vögeli Werner	Protokollführer	

Traktanden

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18. Juni 2010
2. Wahl eines Mitglieds des Einwohnerrates in die GPK für den Rest der Amtsdauer 2009-2012
3. Parkhaus Untertor: Abrechnung Projektierungskredit, Genehmigung der Abrechnung
4. Bau eines Parkhauses auf dem oberen Teil des Untertorparkplatzes, Sanierung des Untertorparkplatzes, Kreditantrag über Fr. 15'730'000.
5. Motion Franz Marty, Stein am Rhein: „Einführung von Tagesstrukturen an den Schule Stein am Rhein“, Kreditantrag über Fr. 57'500.
6. Deponien Held und Hofwise: Erweiterte Überwachung, Kreditantrag über Fr. 40'000.
7. Geothermieprojekt Stein am Rhein, Kreditantrag über Fr. 70'500.
8. Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker: Instandhaltung und energetische Sanierung, Orientierungsvorlage.
9. Postulat Werner Käser: Bootshafen, Massnahmen zur Aufwertung und Nutzung. Beantwortung, Antrag.
10. Neugestaltung und Aufwertung Schiffplände: Planer-Ausschreibung, Kreditantrag über Fr. 51'500.
11. Interpellation Franz Marty, CVP, Stein am Rhein: „Externe Evaluation 2010, Kindergarten und Primarschule Stein am Rhein“.
12. Allgemeine Umfrage

Einwohnerratspräsident Arthur Cantieni eröffnet die Sitzung punkt 18 Uhr und begrüsst die Anwesenden.

Dann verliest er die Rücktrittsschreiben der Einwohnerratsmitglieder David Hilty und Sabine Breitenmoser. Er würdigt die Arbeit der Beiden und verdankt sie im Namen des ganzen Rates und der Bevölkerung.

Der Stadtrat hat die Ersatzwahl auf den 26. September festgelegt.

Werner Käser, FDP, stellt namens der bürgerlichen Fraktion den Antrag, die Traktandenliste so abzuändern, dass die als Traktandum 8 und 9 aufgeführten Geschäfte zum Thema Parkhaus vorgezogen und neu als Traktanden 3 und 4 behandelt werden. Er begründet diesen Antrag wie folgt: Von allen heute zu behandelnden Geschäften ist die Vorlage Parkhaus Untertor mit Abstand die Wichtigste in Bezug auf die Kreditsumme, aber auch bezüglich der Auswirkungen auf unsere Stadt. Erfahrungsgemäss erlahmt die Aufmerksamkeit der Parlamentarier im Verlaufe mehrstündiger Sitzungen etwas. Die Vorlage Parkhaus verdient es aber, dass sich der Rat ihr mit voller Aufmerksamkeit und der nötigen Zeit widmet. Folgerichtig sollte die Genehmigung der Abrechnung des Projektierungskredits im gleichen Zug behandelt werden. Dadurch rücken die anderen Geschäfte, welche nicht von gleicher Tragweite und Dinglichkeit sind, etwas nach hinten.

Der Rat ist mit dieser Änderung der Traktandenliste stillschweigend einverstanden.

Franz Marty, CVP, stellt zur Traktandenliste zwei Anträge. Unter Traktandum 2 sind nach dem Rücktritt von Sabine Breitenmoser zwei Mitglieder der GPK zu wählen. Traktandum 3 soll auf die nächste Sitzung verschoben werden, denn die Einwohner-räte haben den Evaluationsbericht noch immer nicht erhalten. **Einwohnerratspräsident Arthur** Cantieni erkundigt sich bei den Fraktionsvertretern, ob sie die Nachfolge bereits diskutiert hätten.

Urs Weibel, SP, wäre froh, wenn die Wahl des zweiten Mitgliedes auf die nächste Sitzung verschoben werden könnte. **Franz Marty** ist dagegen. Die Ausgangslage ist für beide Fraktionen dieselbe. Er ist erstaunt, dass sich die SP, noch keine Gedanken gemacht hat. Die Information über den Rücktritt von Sabine Breitenmoser wurde am vergangenen Mittwoch per Mail verbreitet. Der Stadtrat hat bereits den Abstimmungstermin der Ersatzwahl auf den 26. September festgesetzt. Auch hier müssen Fristen eingehalten werden. **Guido Lengwiler, Pro Stein**, ist anderer Ansicht. Die SP-Fraktion braucht mehr Zeit. Wenn das neu zu wählende Mitglied des Einwohnerrates Kenntnisse im Finanzsektor mitbringt, könnte dieses in die GPK gewählt werden. Wir müssen nicht hetzen und sollten heute nur einen bürgerlichen Kandidaten wählen. Nach diesem Votum ändert **Franz Marty** seinen Antrag ab: Wir setzen die Wahl der Mitglieder der GPK jetzt aus und verschieben sie auf nächste Sitzung. Dann ist die Ausgangslage für beide Fraktionen wieder dieselbe. Dem widerspricht **Werner Käser, FDP**. Die bürgerliche Fraktion hat ihren Kandidaten bereits bestimmt. **André Ullmann, Pro Stein**, mahnt, die GPK rasch wieder zu komplettieren, da diese in nächster Zeit viel Arbeit zu bewältigen hat.

Mit 11 gegen 1 Stimme lehnt der Einwohnerrat die Verschiebung der Wahl von zwei Mitgliedern der GPK ab.

Zu Franz Martys zweitem Antrag erklärt **Schulreferentin Heidi Schilling**, die Schulbehörde habe entschieden, den Bericht nicht zu verschicken. Er kann auf der Einwohnerkontrolle abgeholt werden. Eine Zusammenfassung steht im Internet. **Franz Marty** findet das Argument skandalös. Wenn die Interpellation auf nächste Sitzung verschoben wird, hat die Schulbehörde die Möglichkeit, auf den Entscheid zurückzukommen. Die Sache ist von grosser Tragweite, nicht zuletzt weil die Schule der grösste Kostenfaktor unseres Budgets darstellt. Er bleibt bei seinem Antrag: Die Interpellation wird auf nächste Sitzung verschoben. Auch wenn das Urheberrecht bei der Schulbehörde liegt, sollte der Bericht an alle Einwohnerräte versandt werden. Doch **Heidi Schilling** bleibt dabei: Die Frage wurde ein zweites Mal diskutiert; es wurde beschlossen, den Bericht nicht zu versenden. Es handelt sich um ein internes Arbeitspapier für die Lehrpersonen. **Franz Marty** wendet ein, die Frist, um den Bericht abzuholen, sei am 12. Juni abgelaufen. So gehe es nicht. **Ratspräsident Arthur Cantieni** schlägt vor, den Antrag Franz Marty jetzt anzunehmen, damit die beiden Kontrahenten im Interesse der Sache die Angelegenheit bilateral besprechen können.

Der Rat lehnt mit 10 gegen 1 Stimme die Rückstellung von Traktandum 4 ab.

Daraufhin stellt **Franz Marty** den Antrag, die Interpellation an den Schluss der Traktandenliste zu verschieben.

Dieser Antrag wird mit 7 gegen 3 Stimmen angenommen.

Traktandum 1

Protokollgenehmigung

Urs Weibel, SP, weist darauf hin, dass in der Liste der Anwesenden Ratspräsident Arthur Cantieni fehlt.

Mit dieser Ergänzung wird das Protokoll genehmigt und verdankt

Das Protokoll der 3. Sitzung vom Freitag, 18. Juni 2010 wird genehmigt.

Traktandum 2

**22 03.65.005 INNERES, Wahlen, Gemeinde
Wahl eines Mitglieds der GPK**

Ratspräsident Arthur Cantieni weist darauf hin, dass der Kandidat dem Einwohner-
rat angehören muss.

Ursula Knecht, FDP, schlägt namens der bürgerlichen Fraktion Werner Schmid vor.
Die GPK muss so rasch wie möglich aufgestockt werden.

Der Einwohnerrat beschliesst mit 12 : 0 Stimmen

In geheimer Wahl wird Werner Schmid als Mitglied der GPK gewählt.

Mitteilung an:

Werner Schmid, Stein am Rhein
Stadtschreiber
Stadtratskanzlei
Ablage

Traktandum 3

**23 09.15.035 VERKEHR, Strasse, Parkhaus Untertor
Abrechnung Projektierungskredit**

Einwohnerratspräsident Arthur Cantieni verweist auf das Schreiben der GPK zu diesem Thema.

Stadtpräsident Franz Hostettmann erläutert die Vorlage. Die Kostenkontrolle durch das Architekturbüro Vogt und Kistler ist sehr gut. Die Mitglieder Arbeitsgruppe wurden über die Zusatzkredite jederzeit informiert.

Eintretensdebatte

Werner Schmid, FDP, erklärt namens der bürgerlichen Fraktion, die Kostenüberschreitung von 88'000 Franken sei gut dokumentiert und nachvollziehbar. Der Hauptgrund liegt ganz klar in der Problematik mit dem schlechten Baugrund, was eine Expertise notwendig machte. Auch die Aufwendungen für die Wirtschaftlichkeitsberechnungen waren richtig. Die Fraktion befürwortet Eintreten.

André Ullmann, Pro Stein, glaubt, der Stadtrat habe seine Pflicht erfüllt und die Kompetenzen eingehalten. Aber die Kostenkontrolle funktionierte nicht. Der Bericht verweist auf zwei Gründe, die Begleitung durch die Kommission und das Modell. Der wahre Grund aber liegt im schlechten Baugrund und damit den Folgekosten. Betrachtet man aber die Tabelle, wird deutlich, dass gewisse Sachen nicht nachvollziehbar sind, zum Beispiel die Umweltverträglichkeitsprüfung und das Beleuchtungskonzept. Diese waren schon im ehemaligen Konzept enthalten. Im Weiteren sind im ersten Zusatzkredit Minderkosten erwähnt, die im ursprünglichen Planungskredit wieder abgezogen wurden. Letztlich sind Kosten von rund 16'000 Franken vorhanden, bei denen nicht nachvollziehbar ist, wohin sie geflossen sind. Das führt zum bereits einmal vorgebrachten Anliegen, bei grossen Projekten im Hochbau sei bereits in der Ausführungsphase einer Person die Funktion der Kostenkontrolle zu übertragen.

Rolf Oster, SP, es wurden zu diesem Geschäft immer neue Dokumentationen mit jedes Mal anderen Zahlen vorgelegt. Das macht es schwierig, die Sache nachzuvollziehen. Der gute Wille des Stadtrates ist vorhanden. Zu wünschen wäre aber eine bessere Darstellung der Kostentransparenz. Die Fraktion befürwortet Eintreten.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Wortmeldung.

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

- 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates zur Abrechnung Planungskredit Parkhaus oberer Untertorparkplatz, von den durch den Stadtrat genehmigten Zusatzkrediten sowie vom Nachtragskredit von Fr. 24'135.40.**
- 2. Der Einwohnerrat genehmigt die Abrechnung des Projektierungskredites mit totalen Mehrkosten von Fr. 88'175.20 gegenüber dem vom Einwohnerrat genehmigten Kredit.**

Mitteilung an:

GPK, Roland Häberli, Präsident
Stadtpräsident
Stadtschreiber
Bauverwaltung
Zentralverwaltung
Ablage

Traktandum 4

**24 09.15.035 VERKEHR, Strasse, Parkhaus Untertor
Bau eines Parkhauses auf dem oberen Teil des Untertor-
parkplatzes, Sanierung des Untertorparkplatzes.
Kreditantrag über Fr. 15'730'00**

Stadtpräsident Franz Hostettmann erläutert und ergänzt die ausführliche Vorlage. Die Planung dauerte zehn Jahre und erwies sich als schwierig.

Einleitend erklärt er, der Zentralverwalter vertrete die Ansicht, die Mehrwertsteuer müsse abgezogen werden; der Kreditantrag reduziere sich somit auf 14'730'000 Franken. Die Vorlage wurde auch in der Kommission ausführlich beraten.

Zum Terminplan: Ursprünglich gab es zwei Varianten. Nun hat der Stadtrat die Volksabstimmung über das Projekt auf den 28. November 2010 festgelegt. Somit kann mit dem Bau am 1. Oktober 2011 begonnen werden. Als die Vorlage geschrieben wurde, standen diese Termine noch nicht fest. Deshalb enthält die Vorlage keinen Terminplan. Die Unterlagen werden noch nachgereicht.

Dann geht Franz Hostettmann auf die Vorlage ein, zuerst auf die Abschnitte Rückblick, Projekterarbeitung, Projektierungskredit und Baukosten. Im Laufe der Projektierung stellte sich heraus, dass der Baugrund schlechter ist als ursprünglich angenommen, was eine Anpassung des Projekts erforderte.

Zur Finanzierung: Die Baukosten belaufen sich auf 14,73 Millionen Franken. Daran leistet die Jakob und Emma Windler-Stiftung einen Beitrag von 10,5 Millionen Franken. Die Stadt hat somit die einmalige Gelegenheit, für nur 4,1 Millionen Franken ein Parkhaus zu erstellen, welches Rücksicht auf das überlieferte Stadtbild nimmt und den Einwohnerinnen und Einwohnern der Altstadt und auch dem Gewerbe die Möglichkeit bietet, ihre Fahrzeuge sicher und kostengünstig einzustellen.

Das Projekt wurde mehrmals der Jakob und Emma Windler-Stiftung vorgelegt. Diese hat im Interesse der Sache, insbesondere der Erhaltung und Aufwertung des Stadtbildes, einen Beitrag von 10,5 Millionen Franken gesprochen. Sie macht ihren Beitrag aber unter anderem davon abhängig, dass die Carparkplätze vom Untertorplatz verbannt werden. Sie dezentral abzustellen ist jedoch ein schwieriges Unterfangen. Unter anderem muss dazu Landwirtschaftsland umgezont werden, und das braucht Zeit. Der Stadtrat arbeitet aber daran. Die Verkehrskommission prüft die Möglichkeit, das SBB-Areal einzubeziehen. Der Stiftungsrat ist darüber im Bild.

Der Parkplatzgebührenfonds soll weiterhin im bisherigen Umfang die Kosten der touristischen Infrastruktur und des öffentlichen Verkehrs übernehmen. Dazu müssen allerdings die Parkgebühren weiter angepasst werden. Dieser Fonds wies Ende 2009 einen Bestand von 278'000 Franken aus. In den kommenden Jahren sollen gemäss Berechnungen folgende Beträge zur Verfügung stehen:

2010:	447'000 Franken,	2011	433'000 Franken,
2012	333'000 Franken	2013	333'000 Franken.

Ab 2014 kommen die Gebühren des Parkplatzes Schützenhaus und der Carparkplätze dazu. Zudem werden die Gebühren nochmals angehoben, was zu weiteren 100'000 Franken Einnahmen führt. Es sollte also genügend Geld zur Verfügung stehen, um die bisher aus dem Parkplatzfonds bezahlten Aufwendungen abzudecken. Das Reglement sagt klar aus, dass diese Mittel zur Finanzierung touristischer Infrastruktur, zur Finanzierung von Unterhalt und Neubau von Parkplätzen und zum Unterhalt der Anlagen eingesetzt werden sollen.

Zur Finanzierung Seite 7: Der Beitrag des Kantons ist geschätzt und wurde bisher noch nicht zugesichert.

Die Wirtschaftlichkeitsberechnung erwies sich als sehr schwierige Aufgabe. Franz Hostettmann dankt dem Zentralverwalter, der GPK und Alwin Suter für ihre aufwendige Arbeit. Ihr Fazit: Das Parkhaus lässt sich wirtschaftlich betreiben. Es wird mit jährlichen Einnahmen von netto 433'000 Franken gerechnet. Die Annahme von 40 fest vermieteten Parkplätzen liegt an der unteren Grenze. Die Abschreibungsdauer von 40 Jahren liegt im unteren Bereich. Andere Parkhausbetreiber rechnen mit 50 und mehr Jahren. Der Zinsfuss ist mit 4% hoch eingesetzt; zurzeit beträgt er rund 2%. Der geschätzte Betriebsaufwand basiert auf Erfahrungszahlen bestehender Parkhäuser.

Der Stadtrat nimmt den Wunsch der GPK auf, einen Bauherrenvertreter einzusetzen. Für diesen wird ein Pflichtenheft erarbeitet. Daneben besteht eine starke Kommission. Dank der Windler-Stiftung haben wir die Möglichkeit, etwas Fantastisches zu bauen, welches für die Zukunft der Stadt wegweisend ist.

Eintretensdebatte

Werner Schmid, FDP, legt die Überlegungen der bürgerlichen Fraktion dar. Heute haben wir beim Untertor eine Asphaltwüste mit chaotischer Parkordnung, welche das Stadtbild stört. Die Situation ist unbefriedigend. Das Parkhaus bringt zahlreiche Vorteile. Die Fahrzeuge werden unterirdisch abgestellt, der oberirdische Baukörper ist sehr schlank. Wir erhalten einen harmonisch gestalteten Platz, auch Richtung Rhein. Die Verkehrsführung wird verbessert. Die Parkgebühr muss erst bei der Wegfahrt bezahlt werden und es braucht keine Kontrolle mehr, ob sie bezahlt sei. Der Parkplatz Hettler kann aufgehoben werden. Wir können den Bewohnern der Altstadt im Parkhaus feste, geschützte Autoabstellplätze anbieten.

Doch auch die Nachteile dürfen nicht übersehen werden. Die Baukosten sind bedingt durch den schlechten Baugrund mit 15 Millionen Franken sehr hoch. Der Bau ist nur dank der Mitfinanzierung durch die Windler-Stiftung möglich, wofür wir ihr einmal mehr herzlich danken. Das Parkhaus wird im Winter ziemlich leer stehen. Trotz des Parkhauses braucht es weiterhin Parkplätze in der Nähe der Geschäfte in der Altstadt.

Die Wirtschaftlichkeitsberechnung verursachte in der Fraktion viele Diskussionen. Wir können nur hoffen, dass die zahlreichen Annahmen auch stimmen. Die Betriebskosten wurden geschätzt und mit Schaffhausen und Interlaken verglichen. Im jetzigen Zeitpunkt fehlt noch ein Unterhaltskonzept. Ein weiterer Schwachpunkt ist die Tatsache, dass die Wirtschaftlichkeitsrechnung nur statisch gerechnet ist. Bei Vorhaben dieser Grössenordnung ist die Anwendung des dynamischen Verfahrens erwünscht. Allerdings besteht die Möglichkeit, mit den Parkgebühren die Einnahmenseite positiv zu beeinflussen. Mit knapp 200'0'00 Franken sind die Reserven sehr tief eingesetzt. Wenn der Baugrund so ist wie die Expertise dies voraussagt, ist das kein Problem. Sollten aber wider Erwarten Probleme auftreten, würde sich das sehr schnell ändern. Wir müssen weiter versuchen, durch richtige Beschilderung und Verkehrsführung, das Parkhaus gut auszulasten. Trotzdem sieht auch die bürgerliche Fraktion die einmalige Chance, für 4,1 Millionen ein Parkhaus zu bauen. Sie tritt auf das Geschäft ein.

Guido Lengwiler, Pro Stein, schliesst sich Werner Schmid's Ausführungen praktisch vollumfänglich an. Es handelt sich um ein historisches Projekt, das nur dank der Windler-Stiftung zustande kommt. Jetzt hofft seine Fraktion auf das Volk. Die Stimm-

bürger haben vor rund 18 Jahren dem Kauf des Huber-Areals für den Bau eines Parkhauses angenommen. Vor zehn Jahren wurde die Motion der Pro Stein, zum Bau eines Parkhauses vom Einwohnerrat zugestimmt.

Die Fraktion hat die Vorlage kritisch angeschaut. Sie steht ihr grundsätzlich positiv gegenüber. Die Kritik richtet sich nicht gegen den Stadtrat, sondern soll aufbauend der Vorlage beim Volk zum Erfolg verhelfen.

Ein wichtiges Argument ist die Aussage, dass das Parkhaus nicht für die Touristen gebaut wird, sondern in erster Linie für die Bewohner der Stadt und für die Verschönerung unseres Stadtbildes. Die Bewohner der Altstadt erhalten einen geschützten Platz für das Abstellen ihrer Fahrzeuge. Die Altstadt wird so wieder attraktiver für ihre Bewohner und die Geschäftsleute. Zudem können für eine schönere Gestaltung des Rheinuferes der Obstmarkt und der Hettler von den Autos befreit werden. Die Fraktion befürwortet Eintreten und wird der Vorlage zustimmen. Die Bemerkungen zur Kostenkontrolle und zum Baumanager haben ihre Berechtigung. Die Fraktion befürwortet Eintreten und wird alles unternehmen, um der Vorlage beim Volk zum Durchbruch zu verhelfen. Betreffend die Verlegung der Carparkplätze überreicht Guido Lengwiler dem Stadtschreiber einen Plan mit einer möglichen Lösung.

Urs Weibel, SP, nimmt im Namen seiner Fraktion ausführlich Stellung. Diese hat die Realisierung eines Parkhauses seit Beginn mehrheitlich mitgetragen und in den Kommissionen kritisch, aber immer konstruktiv mitgearbeitet. Dies unter der Voraussetzung, dass für den Betrieb keine Steuermittel eingesetzt werden und aus dem Parkplatzfonds weiterhin die Beiträge an den öffentlichen Verkehr geleistet werden. Diese beiden Forderungen wurden in der Vorlage auf Seite 7 explizit aufgenommen.

Die erste Frage, nämlich ob Stein am Rhein ein Parkhaus brauche, wurde eigentlich schon beim Planungskredit mit Ja beantwortet, sowohl vom Einwohnerrat als auch von den Stimmbürgern. Es ist selbstverständlich, dass auf Grund der Situation Steins mit einem sehr hohen Parkplatzbedarf während jährlich relativ weniger Tage das Parkhaus nicht für diese Spitzentage ausgelegt werden kann. Das primäre Ziel ist es, den Bewohnern der Altstadt Parkplätze anzubieten und dadurch Teile der hausgemachten Blechlawine in den Untergrund zu bringen. Dadurch wird die Altstadt als Wohnort etwas attraktiver. Es ist aber selbstverständlich klar, dass mit dem Parkhaus die Parkplatzfragen noch lange nicht gelöst sind. Wo braucht es wie viele Überlaufparkplätze? Wohin mit den Abstellplätzen für die Reisebusse? Wo sind die Parkplätze für die Velos?

Die zweite Frage lautet: Ist es das richtige Projekt? Innerhalb der Fraktion und aus der Kommission wurde das vorliegende Projekt stets unterstützt. Konzept und das Erscheinungsbild überzeugen. Die Fraktion hofft natürlich, dass die vorliegenden geologischen Untersuchungen ein gutes Fundament für die Baute bilden. Es ist aber allen klar, dass bei diesem Untergrund wohl niemand uneingeschränkt seine Hand ins Feuer hält.

Dritte Frage: Können wir uns das Parkhaus leisten? Dank den namhaften Beiträgen der Jakob und Emma Windler-Stiftung sind die Investitionen der Stadt vertretbar. Ohne diese Beiträge wäre es unmöglich. Einmal mehr müssen wir der Stiftung danken. Bekanntlich wurde in der Kommission um die Finanzierung gerungen, auch die GPK stellte Wirtschaftlichkeitsberechnungen an. Die in der Vorlage abgedruckte Variante zeigt, dass sich der Betrieb des Parkhauses aus den Einnahmen finanzieren lässt, wenn die getroffenen Annahmen zutreffen. Auf welch wackligen Beinen aber die Wirtschaftlichkeitsberechnung steht, zeigt der Umstand, dass bereits wenige Zeilen nach der Berechnung die Aussage gemacht wird, die Anzahl der fest vermieteten

Parkplätze sei wohl zu tief angesetzt. Da aber die Rendite aus diesen Plätzen kleiner ist, resultiert bereits so ein Betriebsdefizit, beziehungsweise die Auslastung der verbleibenden 150 Parkplätze müsste pro Tag 3,5 Stunden betragen. Das Ringen um die Wirtschaftlichkeit zeigt, dass wir zum heutigen Zeitpunkt zwar sagen können, es sei durchaus möglich, dass sich der Betrieb des Parkhauses aus sich selbst finanziere, sicher aber sind wir nicht. Sicher ist jedoch, dass keine Kostenüberschreitung drin liegt. Es ist deshalb wichtig, dass die Baukosten ständig überwacht werden, damit notfalls rechtzeitig interveniert werden kann.

Dies führt nun zur Kritik an der Vorlage. Urs Weibel geht mit der GPK einig, dass eine starke Bauherrenvertretung sinnvoll ist, welche sich insbesondere um die Kostenkontrolle kümmert. Auch die weiteren Punkte, auf welche die GPK hinweist, erscheinen plausibel.

Vor allem fehlt in der Vorlage aber der Nachweis, dass die bekannten Forderungen der SP, erfüllt werden können, hinter denen auch der Stadtrat und der Stiftungsrat stehen. Mit der bereits angesprochenen Wirtschaftlichkeitsberechnung wurde lediglich dargelegt, dass sich das Parkhaus unter den getroffenen Annahmen finanzieren lässt. Der Stadtpräsident hat in seinen mündlichen Ausführungen zwar Zahlen nachgeliefert, welche aus den Unterlagen nicht ersichtlich waren. Das Parkhaus aber hat Auswirkungen auf die Parkplätze in der Umgebung. Bisher erwirtschaftete die Stadt mit im Unterhalt relativ billigen Parkplätzen namhafte Erträge. Das wird mit dem Parkhaus nicht mehr so sein. Und wir wissen alle, wie sich die Ausgabenseite bei diesem Fonds in den letzten Jahren entwickelte. Diese fehlenden Aussagen liefern den Gegnern des Parkhauses im Abstimmungskampf Argumente, ebenso die Hinweise der GPK. Will der Stadtrat dies wirklich? Weshalb wurden diese bereits in der Kommission angesprochenen Forderungen in der Vorlage nicht berücksichtigt? An der Vorlage muss noch gearbeitet werden, damit sie wirklich abstimmungsreif wird.

Zum Brief der GPK, in welchem den Einwohnerräten Hinweise zu den beiden Parkhausvorlage schriftlich mitgeteilt wurden, macht Urs Weibel folgende Anmerkungen:

Da es sich beim Nachtragskredit um ein GPK- Geschäft handelte, ist es richtig, dass sich diese Kommission dazu auch äussert. Fraglich ist für Urs Weibel die Form. Müsste die GPK nicht zuhanden des Einwohnerrates einen klaren Antrag auf Zustimmung beziehungsweise Ablehnung formulieren? Das hätte er im vorliegenden Fall erwartet.

Zu den Hinweisen bezüglich des Baukredits verweist der Sprecher auf Artikel 2 des Reglements der GPK. In Artikel 40 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates ist festgehalten, dass die GPK auf Wunsch des Einwohnerrates Geschäfte prüfen kann. Urs Weibel erinnert sich nicht an einen solchen Auftrag zum Parkhaus. Damit will er sagen, dass sich bei ihm in den letzten Monaten ein gewisses Unbehagen eingestellt hat bezüglich des Zusammenspiels von Stadtrat, Einwohnerrat und GPK. Der Einwohnerrat hat die Pflicht, dieser Kommission neben der Rechnung und dem Vorschlag weitere Geschäfte zur Prüfung zuzuweisen. Diese Möglichkeit wurde noch nie richtig angewendet. Es ist aber Pflicht der GPK, sich an den geltenden Spielregeln zu orientieren. Im Namen der SP-Fraktion würde es Urs Weibel begrüßen, wenn sich die GPK zusammen mit dem Büro des Einwohnerrates und einer stadträtlichen Delegation inklusive Stadtschreiber zu einem Gespräch trifft, um dieses Zusammenspiel der verschiedenen Instanzen zu verbessern.

Der Einwohnerrat beschliesst stillschweigend Eintreten.

Detailberatung

Zu Seite 2 erkundigt sich **Richard Schlatter, Pro Stein**, ob die Verlegung der Busparkplätze eine Vorgabe für den Beitrag der Stiftung sei. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** antwortet, der Stiftungsrat habe sich dahingehend geäußert, wisse jedoch, dass das Zeit braucht. Der Stadtrat rechnet mit zwei bis drei Jahren. **Richard Schlatter** bedauert, dass das Vorhaben nicht schon früher angegangen wurde. **Franz Hostettmann** verweist auf den neuen Zonenplan, der im September 2009 in Kraft gesetzt wurde. Eine Anpassung dauert mindestens zwei Jahre. Der Stadtrat hat für diese Parkplätze noch keinen geeigneten Ort gefunden. Zu gegebener Zeit wird er dem Einwohnerrat eine Vorlage unterbreiten. Die Frage, was in Vor der Brugg geschieht, ist auch noch offen. **Franz Marty, CVP**, merkt dazu an, das sei auch erst möglich nach der Überarbeitung des kantonalen Richtplans. Dieser ist jetzt in Arbeit, doch es dürfte noch Jahre dauern.

André Ullmann, Pro Stein, nimmt Stellung zu den Baukosten. Der Stadtpräsident befürwortet heute den Beizug eines professionellen Bauherrenvertreters, was die Fraktion freut. Dieser soll nicht nur zuständig sein für die Kostenkontrolle, sondern auch für einen harmonischen, schlanken Bauablauf, was Mehrkosten verhindert. André Ullmann stellt den Antrag, in den Baukredit 90'000 Franken für den Bauherrenvertreter aufzunehmen. Dadurch können andere Positionen reduziert werden, um wie viel allerdings ist unbekannt. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** erklärt, der Stadtrat habe darüber intensiv diskutiert und empfehle dieses Vorgehen ebenfalls. Die Frage muss aber noch in der Kommission besprochen werden. Es wird ein Anforderungsprofil erstellt, und es werden Offerten eingeholt.

Der Antrag Ullmann wird einstimmig angenommen.

Werner Käser, FDP, ruft die Kommission auf, bezüglich Terraingestaltung etwas Gescheites zu machen. Als negatives Beispiel nennt er den Herrenacker. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** nimmt die Anregung entgegen.

Seite 7: **Urs Weibel, SP**, erkundigt sich, ob die vom Stadtpräsidenten genannten Zahlen betreffend den Parkplatzfonds in der Kommission schon diskutiert worden seien. Er bittet darum aufzuzeigen, dass weiterhin die nötigen Mittel für den öffentlichen Verkehr und die übrigen Aufgaben vorhanden sind. Auch der GPK sollten diese Zahlen vorgelegt werden. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** versichert, er habe diese Zahlen intensiv und sorgfältig ermittelt. Es ist möglich, grobe Angaben in die Vorlage aufzunehmen. Als nächste Schritte folgen nun das Gespräch mit den Nachbarn und eine öffentliche Veranstaltung. Diese muss vor der Volksabstimmung stattfinden. Die Stimmbürger erhalten eine Zusammenfassung der Vorlage.

Zu Seite 8 erkundigt sich **Richard Schlatter, Pro Stein**, ob man bezüglich des Baugrundes vom schlimmstmöglichen Szenario ausgehe. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** erklärt, der Stadtrat nehme an, das dritte geologische Gutachten treffe zu und die vorgeschlagenen Massnahmen seien richtig. Der Geologe wirkte überzeugend. Der Stadtrat kann aber nichts garantieren. Architekt Ruedi Vogt sagt aus, die Geologie sei gut abgesichert.

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

1. **Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates zum Bau eines Parkhauses auf dem oberen Teil des Untertorparkplatzes.**
2. **Der Einwohnerrat stimmt der Ausführung des Projektes Bau eines Parkhauses auf dem oberen Teil des Untertorparkplatzes zu.**
3. **Der Einwohnerrat genehmigt den Baukredit von Fr. 14'820'000 für die Realisierung des Bauvorhabens Bau eines Parkhauses auf dem oberen Teil des Untertorparkplatzes.**
4. **Der Einwohnerrat stimmt der Mitfinanzierung von Fr. 10'500'000 aus dem Ertrag der Jakob und Emma Windler-Stiftung zu.**

Mitteilung an:

Architekturbüro Kistler und Vogt, Gurzelenstrasse 3, 2502 Biel/Bienne
Stadtpräsident
Stadtschreiber
Bauverwaltung
Zentralverwaltung
Ablage

Traktandum 5

25 01.00.010 ERZIEHUNG, Allgemeines, Schule allgemein
08.15.020 SOZIALES, Fürsorge, Mittagstisch
Motion Franz Marty, CVP, Stein am Rhein
„Einführung von Tagesstrukturen an den Schulen Stein am Rhein“
Kreditantrag über Fr. 57'500

Finanzreferentin Heidi Schilling nimmt dazu wie folgt Stellung:

Mit einer Motion von Franz Marty ist der Stadtrat eingeladen, dem Einwohnerrat Bericht und Antrag zu stellen über ein Konzept und eine Verordnung zur Einführung von modularen Tagesstrukturen an den Schulen Stein am Rhein. Mit der Überweisung dieser Motion wurde der Stadtrat beauftragt, die Finanzierung dieser Ganztagesbetreuung über die diversen diesem Zwecke entsprechenden Fonds, Legate und Stiftungen und über Kantonsbeiträge zu prüfen und entsprechende Anträge zu stellen.

Am 8. Februar 2009 lehnte das Schaffhauser Stimmvolk die Einführung des neuen Bildungs- und Schulgesetzes mit grossem Mehr ab. Damit wurde eine der Neuerungen, von der vor allem die Schulkinder profitiert hätten, die flächendeckende Einführung von schulischen Betreuungsmassnahmen ausserhalb des eigentlichen Unterrichtes, verhindert.

Gerade solche Strukturen tragen den heutigen Bedürfnissen nach ausserfamiliärer Betreuung Rechnung und ermöglichen Schulkindern, die Tagesfreizeit in einer geschützten Atmosphäre mit anderen Kindern zu verbringen. Ein solches Angebot entlastet allein erziehende und/oder berufstätige Mütter, bietet ihnen die Möglichkeit des Wiedereinstiegs ins Berufsleben und bringt eine soziale Integration für Einzelkinder. Ein grosser Stellenwert kommt auch der Prävention von Suchtgefahren zu, in dem Kinder familienergänzend in einer Grossfamilie einen Ort der Geborgenheit finden.

Auch an den Schulen von Stein am Rhein gibt es eine zunehmende Zahl von Kindern und Jugendlichen, die tagsüber mangelhaft oder gar nicht betreut sind. In den meisten Fällen ist eine gesunde Ernährung nicht gewährleistet. Das Schaffen von Tagesstrukturen ist einerseits eine Investition für die Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler, aber auch für eine künftige Verringerung von allfälligen Sozialkosten, was alle Studien zu diesem Thema belegen. Eine frühe Sozialisierung der Kinder ausserhalb der Kleinfamilie ist wichtig. Die grossen Unterschiede zwischen bildungsnahen und bildungsfernen Gesellschaftsschichten könnten ebenfalls mit Tagesstrukturen aufgefangen werden. Das heisst, es braucht familienergänzende Angebote vor der obligatorischen Schulzeit wie auch schulergänzende Angebote während der obligatorischen Schulzeit.

Nachdem der Einwohnerrat die Motion zur Schaffung von modularen Tagesstrukturen mit 13 Ja und einer Enthaltung überwiesen hatte, nahm eine Arbeitsgruppe das Erarbeiten von Umsetzungsmöglichkeiten an die Hand. In der Gruppe sind Stadträte, Einwohnerräte, Mitglieder der Schulbehörde und der Kita vertreten. Sehr schnell wurde klar, dass Daten benötigt werden. Der Stadtrat bewilligte einen Kredit für eine schriftliche Eltern- und Schülerbefragung, ausgeführt durch die Fachhochschule St. Gallen. Diese Umfrage kristallisierte Schwerpunkte heraus. Am ehesten ist eine Mittagsbetreuung für Primarschüler/-innen gefragt sowie ein Mittagstreffpunkt für Jugendliche an der Oberstufe, wobei bei Letzterem das Mittagessen eher von untergeordneter Bedeutung ist.

Was bedeutet dieses Resultat jetzt für das weitere Vorgehen?

Es gilt zwei verschiedene Wege zu gehen. Zum einen sind Abklärungen für einen Mittagstisch für Primarschüler, zum andern solche für das Einrichten eines betreuten Mittagsbistros für Oberstufenschüler/-innen zu treffen.

Zuerst geht Heidi Schilling auf das Vorgehen ein, wie ein Mittagstisch für die Primarschüler/-innen aufgeleitet werden könnte. Die Kita-Schatztruhe bietet 16 Betreuungsplätze an für Kinder ab drei Monaten bis zur sechsten Klasse sowie einen Morgen- und einen Mittagstisch für Schul- und Kindergartenkinder. Ein Ausbau des Angebotes wäre ohne allzu grossen Aufwand machbar. Das aktuelle Angebot muss überprüft und neu definiert werden, eine Anpassung des Rahmen- und Betriebskonzeptes der Kita wäre notwendig. Diese Arbeit könnte von Margrit Köppel mit Einbezug der Kita-Leitung durchgeführt werden. Der dazu benötigte Kredit beträgt Fr. 9'000 ohne MwSt..

Ein Angebot für die Oberstufenschüler/-innen zu erarbeiten bedeutet wesentlich umfangreichere Abklärungen, da von Grund auf ein völlig neues Angebot erarbeitet werden muss. Die Fachhochschule St.Gallen offeriert das Erarbeiten einer Konzeptentwicklung. Der Betrag von ca. Fr. 25'000 ohne MwSt. erscheint im ersten Moment als sehr hoch. Beim genauen Betrachten stellt man jedoch fest, dass das Erarbeiten von Rahmen- und Betriebskonzept, Trägerschaft, Organisation, Infrastruktur, Finanzierung, Versicherungen, Personalsuche etc. eine arbeits- und zeitaufwändige Angelegenheit ist.

Die Arbeitsgruppe Tagesstrukturen befürwortet einerseits eine Konzeptentwicklung, sieht aber gleichzeitig die verschiedenen Knackpunkte:

Mit diesem sauberen Aufgleisen des Betriebes der beiden Betreuungsangebote wissen wir vorerst nur, wie die Umsetzung ausgeführt werden kann.

Wir kennen zurzeit noch keine Betriebskosten. Diese sind stark abhängig vom Ausbildungsgrad des Personals sowie von den Raumkosten.

Der häufigste Elternwunsch ist einerseits eine professionelle Betreuung bei gleichzeitig tiefen Elternbeiträgen.

Gibt es geeignete Räumlichkeiten möglichst nahe bei der Schule? Der Mittagstisch für die Primarschüler/-innen soll räumlich getrennt sein von der Kita.

Erst wenn die Konzepte mit den Betriebskosten auf dem Tisch liegen, können allfällige Anträge an Stiftungen und an den Kanton geprüft werden.

Die Arbeitsgruppe hat darüber diskutiert, wie es wäre, ohne Konzept einfach mit Mittagstischen zu beginnen. Dabei würden ebenfalls grosse Kosten anfallen, ohne dass wir jedoch verbindliche Antworten erhalten. Diese Idee wurde wieder verworfen.

Tagesstrukturen aufzugleisen ist eine Aufgabe der Gemeinde. Wichtig ist jedoch, dass die Kita, die Schule, die Eltern, wie auch die Schülerinnen und Schüler bei der Konzeptentwicklung mit einbezogen werden. Die Hochschule St. Gallen plant eine Diskussionsrunde durchzuführen. Die Konzeptentwicklung kann nicht ehrenamtlich erarbeitet werden. Es kann auch nicht Aufgabe der Arbeitsgruppe sein, dieses Konzept zu erstellen.

Der Stadtrat beantragte an der Sitzung vom 3. April 2009 dem Einwohnerrat, die Motion Tagesstrukturen nicht zu überweisen. Ganztätige und somit sehr teure Betreuungsangebote sind auch für den Stadtrat zum jetzigen Zeitpunkt keine Option. Der Antrag der Arbeitsgruppe für die schriftliche Umfrage als Arbeitsgrundlage, welche Fr. 19'000 kostete, wurde jedoch vom Stadtrat bewilligt. Er erachtet den Beginn mit

einem Mittagstisch als gerechtfertigt. Das Modul Mittagstisch würde Stein am Rhein nachhaltige Standortvorteile bringen.

Nun geht es um den zweiten Schritt, um die Konzeptentwicklung, welcher heute dem Einwohnerrat vorgelegt wird. Der dritte Schritt wäre dann die Umsetzung. Die Kostenfolge ist eine Realität. Wir müssen uns jedoch gut überlegen welche Schwerpunkte uns wichtig sind, das heisst, wie wichtig uns eine Kinderbetreuung als Investition in die Zukunft ist. In diesem Sinn beantragt der Stadtrat dem Einwohnerrat eine Zustimmung für den Bruttokredit von Fr. 57.000.

Der dritte Schritt, das heisst die Umsetzung und der konkrete Vorschlag zur Einführung von modularen Tagesstrukturen wird dem Einwohnerrat erneut zur Stellungnahme und Bewilligung vorgelegt.

Eintretensdebatte

Franz Marty, CVP, erklärt einleitend, die Geschichte sei grösser und finanziell umfangreicher geworden, als er sich das vorgestellt habe. Die Motion erfüllt die Forderungen der bürgerlichen Fraktion. Zu Diskussionen führten vor allem die Kosten. Ein Teil der 57'500 Franken sind bereits ausgegeben. Die Fraktion dürfte Anträge stellen, diese Kosten nach unten anzupassen. Mit dem Konzept ist die Fraktion einverstanden. Wenn mit Tagesstrukturen begonnen wird, geht dies nur noch, wenn die Schule aktiv mitwirkt. Bisher war sie in der Arbeitsgruppe nur durch das Mitglied der Schulbehörde vertreten. Interessanterweise führte die Schule Schanz ein paar Wochen nach der Umfrage der Fachhochschule SG eine eigene Umfrage durch. Die Linke weiss scheinbar nicht, was die Rechte tut. Für die bürgerliche Fraktion sind Tagesstrukturen klar ein Standortvorteil. Es ziehen Familien mit Kindern zu. Es handelt sich also um eine Investition in die Zukunft Steins und hilft, die Sozialhilfekosten zu senken. Die bürgerliche Fraktion wird dem Geschäft grossmehrheitlich zustimmen.

Richard Schlatter, Pro Stein, vertrat als Kommissionsmitglied die Beantwortung der Motion in seiner Fraktion. Bei der Diskussion kristallisierten sich zwei Fakten heraus, welche die Entscheidungsfindung mitprägten.

Schulpräsident Urs Kessler bemängelt, dass die Schulbehörde nicht als Ganzes mit einbezogen wurde. Ein mögliches Oberstufen-Bistro würde schlussendlich auf dem Schulareal betrieben.

Analysiert man die Umfrageergebnisse genau, sieht man, dass eigentlich nur wenige Eltern von Schulkindern an Tagesstrukturen interessiert sind. Bei der Motion geht es klar um Tagesstrukturen an den Schulen und nicht um eine Kleinkinderbetreuung.

Bei seiner nachfolgenden Analyse bezieht sich Richard Schlatter nur auf den Mittagstisch, da die Interessen der Betreuung vor Schulbeginn und nach Schulschluss noch viel uneinheitlicher sind:

Der Rücklauf der Elternumfrage betrug 39% mit total 78 Kindern im Alter von null Jahren bis zur sechsten Klasse. Von diesen 78 Kindern sind 31 null bis vier Jahre alt, 17 weitere sind im Kindergartenalter. Es verbleiben somit 30 Kinder im Primarschulalter, was knapp 7% der Schulkinder bedeutet. Wenn man dann noch liest, wie viel die Eltern für Mittagessen und Betreuung zu zahlen bereit wären, nämlich sieben bis zehn Franken, ist der Bedarf für Tagesstrukturen nicht ausgewiesen. Die Vollkosten eines Mittagstisches betragen etwa 41 Franken.

Persönlich glaubt Richard Schlatter, dass eine solche Einrichtung ein Standortvorteil wäre. In Anlehnung an die bereits bestehende Kita sollte man einen Teil der Vorlage weiter entwickeln und zwar den Mittagstisch für die Primarschüler. Der richtige Weg

führt aber über die Kita, wobei die Schulbehörde, der Elternrat oder die Stadt mit einbezogen werden sollten. Um das Projekt auf die Beine zu bringen, sollte die Konzeptentwicklung wie auf Seite 3 beschrieben weiter verfolgt werden. Dazu gehört auch die Abklärung der finanziellen Beteiligung von Stiftungen.

Die Pro Stein, befürwortet Eintreten und wird bei der Detailberatung einen Antrag stellen.

Urs Weibel, SP, führt aus, seine Fraktion habe sowohl die Motion wie den Kredit für die Bedarfsabklärung bejaht und werde dies auch bei dieser Vorlage tun. Dank der Bedarfsanalyse wissen wir jetzt, welche ausserschulischen Betreuungsangebote Priorität haben. Die Zahlen stellen die Situation zur Zeit der Erhebung dar und ändern sich stetig. Jetzt folgt der nächste logische Schritt, die Ausarbeitung zielgerichteter Konzepte, wie diese nachgefragten Betreuungsangebote geschaffen, was sie kosten und wie sie finanziert werden. Die SP, begrüsst explizit den vorgeschlagenen Weg für das Konzept des Mittagstisches an der Primarschule, da mit dem geplanten Mandat an Margrit Köppel der Einbezug der Kita gewährleistet ist. Es wäre schön gewesen, wenn dies auch an der Oberstufe so umgesetzt werden könnte, da das lokale Insiderwissen durchaus mitentscheidend sein kann.

Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass aufgrund der gesellschaftlichen Realitäten ausserschulische Betreuungsangebote zu schaffen sind, damit eine Gemeinde als Wohnort für Familien attraktiv ist und bleibt. Wir müssen uns dabei aber an das Machbare halten. Auch in Stein am Rhein gibt es Schulkinder, die sich über Mittag unbeaufsichtigt auf der Strasse ernähren. Es bleibt zu hoffen, dass wirklich auch die Eltern dieser Kinder die entstehenden Angebote nutzen, womit wir bereits wieder bei den Finanzen sind. Es wird nicht einfach sein, die Ansprüche der öffentlichen Hand und der Eltern bezüglich Preisgestaltung in Einklang zu bringen. Hierüber müssen die Konzepte Auskunft geben.

Die Fraktion ist auch überzeugt, dass sich die Konzeptkosten, die jetzt beantragt werden, mittelfristig rechnen und also gut investiert sind. Mit einem gut ausgearbeiteten Konzept können wir bedürfnisgerechte Lösungen schaffen und dadurch effizienter und effektiver arbeiten.

Für **Franz Marty, CVP**, ist es mehr als peinlich, dass der Schulpräsident nicht mit einbezogen wurde. Das zeigt Mängel an den Führungsstrukturen.

Ursula Knecht, FDP, nimmt Stellung zur Oberstufe. Die Frage nach dem Bedarf ist schwierig zu beantworten, da keine Erfahrungen vorhanden sind und wir bei Null beginnen müssen. Schiessen wir mit dem Projekt über das Ziel hinaus? Wollen wir für die Entwicklung eines Projekts 25'000 Franken einsetzen? Sollten wir nicht eher mit einem kleinen Projekt beginnen und dieses bei Bedarf ausweiten? In der Primarschule sind viele Vorgaben vorhanden.

Schulreferentin Heidi Schilling erklärt, die 25'000 Franken seien kein grosser Betrag. Die Leistungen der Hochschule St. Gallen sind aufgelistet. Die Offerte ist sehr seriös. Der Prozess muss begleitet, viele Themen müssen aufgegleist werden. Die Abklärungen sind notwendig, darum werden dafür 25'000 Franken eingesetzt. Sie stellt sich die Frage, wo wir die Projektierung zurückfahren können. Ehrenamtliche Abklärungen sind unmöglich.

Zum Einbezug der Schule erklärt Heidi Schilling, Tagesstrukturen seien eine Aufgabe der Gemeinde, nicht der Schule. Bei der Umsetzung muss diese dann mit einbezogen werden.

André Ullmann, Pro Stein, begrüsst Ursula Knechts Vorschlag. Die Oberstufe braucht eher einen geschützten Ort, an welchem die Schüler ihr mitgebrachtes Essen verzehren können. Das ist einfach umsetzbar und braucht kein teures Projekt. Jetzt sollten wir zuerst einen Mittagstisch für die Primarschule schaffen, welcher später für die Oberstufe angepasst werden könnte.

Heidi Schilling gibt zu bedenken, von Seiten der Kita gebe es ein Konzept, das lediglich angepasst werden müsse. Für die Oberstufe besteht zurzeit noch kein Angebot, das muss geklärt werden, daher der grosse Preisunterschied. Es sind immerhin 20 Jugendliche, die das Angebot nützen möchten.

Auch **Werner Käser, FDP**, sieht Sparmöglichkeiten. Wir dürfen aber die Gesamtkosten nicht aus den Augen verlieren. Er war Mitbegründer der Kita; deren Projektierung kostete nichts. Damit soll auf der Primarstufe weitergearbeitet werden. Über die bereits ausgegebenen 19'000 Franken müssen wir nicht mehr diskutieren.

Der Einwohnerrat beschliesst, auf die Vorlage einzutreten.

Detailberatung

Zu Seite 5 stellt **Richard Schlatter, Pro Stein**, den Antrag, den Betrag für die Oberstufe ganz zu streichen. Wir sollten nicht gleichzeitig mehrere Projekte angehen, sondern zunächst mit der Primarschule Erfahrungen sammeln und in zwei bis drei Jahren darauf zurückkommen.

Franz Marty, CVP, beantragt, nur die 30'200 Franken für die Bedarfsabklärung und für den Mittagstisch der Primarschule zu bewilligen und den Rest zu streichen.

Werner Käser, FDP, ist gegen die vollständige Streichung der Oberstufe. Er stellt den Antrag, die Kosten auf 34'000 Franken zu kürzen.

Ursula Knecht, FDP, wendet ein, wenn die Kinder aus der Primarschule in die Oberstufe kommen, erwarteten sie ebenfalls Tagesstrukturen, weil sie daran gewöhnt sind, also sollten wir damit weiterfahren.

Richard Schlatter, Pro Stein, geht davon aus, dass es schon auf der Primarstufe nicht ganz klappt, weil nicht alle Kinder teilnehmen. Wenn wir jetzt für die Oberstufe noch 4'000 Franken einsetzen, ist es nicht ganz klar, wofür dieser Betrag ausgegeben wird.

Urs Weibel, SP, ist gleicher Meinung wie Ursula Knecht. Auch die Oberstufe muss etwas anbieten. Ob die Fachhochschule St. Gallen übers Ziel hinausschiesst, lässt sich so nicht sagen. Es muss an einem Konzept für die Oberstufe gearbeitet werden. Wurden auch andere Offerten eingeholt?

Heidi Schilling erklärt, St. Gallen habe die Bedarfsabklärung ausgeführt und kenne Stein am Rhein. Andere Fachstellen haben die gleichen Preise.

Rolf Oster, SP, ist gegen einen Teilbetrag. Das bringt nichts. Wir müssen während der ganzen Schulzeit etwas anbieten. An der Kantonsschule und der gewerblichen Berufsschule bestehen ähnliche Angebote.

Werner Käser berichtet über seine Erfahrungen mit der Gründung der Kita. Dort wurde auch zuerst klein begonnen und dann das Angebot erweitert. Wenn ein Bedürfnis besteht, können solche Einrichtungen wachsen.

Richard Schlatter zieht seinen Antrag zurück.

Guido Lengwiler, Pro Stein, begründet, warum er den Anträgen des Stadtrates nicht zustimmen wird. Solange die konservativen Familien für ihre Kinderbetreuung nicht auch in irgendeiner Form entschädigt werden, kann er Tagesstrukturen nicht unterstützen.

Franz Marty, CVP, erklärt, beim Bund sei dieses Thema in Arbeit, im Kantonsrat sei ein diesbezügliches Begehren abgelehnt worden.

Der Einwohnerrat beschliesst

11 Ja- gegen 1 Nein-Stimme

Der Einwohnerrat stimmt der weiteren Abklärung und Konzeptentwicklung zur Einführung modularer Tagesstrukturen in Stein am Rhein zu.

8 gegen 3 Stimmen:

Der Einwohnerrat genehmigt für Abklärungen und Konzeptentwicklung einen Kredit von gesamthaft 34'000 Franken.

Mitteilung an:

Schulreferentin

Stadtschreiber

Zentralverwaltung

Ablage

Traktandum 6

26 00.40.005

**BAU, Entsorgung und Umweltschutz, Altlasten
Deponien Held und Hofwise: Erweiterte Überwachung
Kreditantrag über Fr. 40'000**

Stadtpräsident Franz Hostettmann erläutert die stadträtliche Vorlage. Auf dem Areal Held hat laut Aussagen das Militär Pneus, Alteisen, Altöl usw. entsorgt. Der Stadtrat unternimmt nichts Überflüssiges. Wir brauchen Gewissheit, was saniert werden muss, und müssen den Umfang kennen. Man geht davon aus, dass die Entsorgung eines Kubikmeters belastetes Material zwischen 2'000 und 3'000 Franken kosten wird. Wir können nicht nochmals zehn oder mehr Jahre warten.

Eintretensdebatte

Werner Käser, FDP: Die Stadt Stein am Rhein besitzt als Altlast aus früherer Zeit zwei belastete Schutt- und Abfallgruben. Diese Deponien werden schon seit 15 Jahren überwacht. Die Verantwortung gegenüber der Umwelt und den späteren Generationen verlangt, dass wir die notwendigen Sanierungsmassnahmen sorgfältig abklären und gegebenenfalls auch umsetzen. Die bürgerliche Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen.

Katharina Rietmann, Pro Stein, führt aus, im Interesse der Umwelt und der Gesundheit müssten die Deponien überwacht und wenn notwendig auch saniert werden, besonders wenn davon Grundwasserzonen betroffen sind. Dort sind die Sanierungen vorgeschrieben. Die Fraktion hat in der Vorlage aber Widersprüche gefunden. Was heisst zum Beispiel „...gegebenenfalls saniert werden muss“? Was ist gemeint mit „allfälligen Belastungen“? Ist das Areal Held ebenfalls brisant? Was muss saniert werden? Ist die Sache eindeutig? Warum sind weitere Bohrungen überhaupt nötig? Warum ist eine Sanierung notwendig? Um wie viele m³ handelt es sich? Was kostet die Entsorgung pro m³?

Stadtpräsident Franz Hostettmann beantwortet einen Teil der aufgeworfenen Fragen sofort: Held bleibt überwachungsbedürftig, Hofwise ist als sanierungsbedürftig eingestuft. Wenn die drei neuen Bohrungen aber zu anderen Resultaten führen, muss unter Umständen nicht saniert werden. Mit dem Georadar soll die Menge ermittelt werden. Wir alle hoffen, dass mit den zusätzlichen Bohrungen klar definiert werden kann, welcher Teil der Deponie Hofwise saniert werden muss und ob ein Teil nur überwachungsbedürftig bleibt. Die Notwendigkeit der Sanierung wird sehr genau abgeklärt. Grundlage bildet die Dosierung nach Stoffen und deren genaue Zusammensetzung.

Baureferent Beat Hug ergänzt. Es ist nicht ganz klar, welche Stoffe aus welcher Grube stammen. Darum müssen jetzt von der Grube Held Messungen gemacht werden. Vielleicht werden wir dadurch entlastet. Zur Menge: Schätzungen sprechen von 2'000 bis 5'000 m³.

Für die **SP-Fraktion**, führt **Rolf Oster** aus, besteht Handlungsbedarf. Die Untersuchungen sollen darüber Klarheit bringen. Die Umweltschutzgesetzgebung ist eindeutig. Daher ist die Vorlage richtig. Die Abklärungen sollen auch Klarheit über die Kosten schaffen. Die Steiner wissen was dort abgelagert wurde. Die Fraktion befürwortet Eintreten.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Wortmeldung

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates zur Deponieüberwachung Hofwise und Held.

Der Einwohnerrat stimmt der Ausführung des Projekts „Erweiterte Überwachung der belasteten Deponien Held und Hofwise“ zu und genehmigt den Kredit von Fr. 40'000.

Mitteilung an:

Stadtpräsident
Stadtschreiber
Bauverwaltung
Zentralverwaltung
Ablage

Traktandum 7

**27 10.05.015 VOLKSWIRTSCHAFT, Energie, Alternativenergie
Geothermieprojekt Stein am Rhein. Kreditantrag über
Fr. 70'500**

Stadtpräsident Franz Hostettmann erläutert und ergänzt die Vorlage. Die Bestätigung, dass der Kanton seinen Anteil an den Kosten übernimmt, ist inzwischen eingegangen. Was weiter geschieht, muss später diskutiert werden. Stein am Rhein wird nie günstiger zu einer Studie kommen, die Auskunft gibt über mögliche Thermalwasservorkommen.

Eintretensdebatte

Werner Käser, FDP berichtet, die bürgerliche Fraktion habe sich bei der Beratung daran erinnert, dass seit über 40 Jahren vom Wasser unter unserer Gemeinde gesprochen wird. Sie träumt noch nicht von einem Thermalbad, findet es aber richtig und wichtig, dass eine mögliche Nutzbarmachung solch Wasser führender Schichten seriös abgeklärt wird. Man mag einwenden, es gebe in Stein am Rhein dringendere laufende Projekte. Die Fraktion hält dagegen, dass wir kaum je günstiger zu Ergebnissen kommen, welche uns einen längerfristigen Entscheid erst ermöglichen. Die bürgerliche Fraktion befürwortet klar Eintreten.

Richard Schlatter, Pro Stein hält fest, die Fraktion sei glücklich, dass jetzt ein Projekt vorliegt. Sie hofft auf ein positives Resultat der Machbarkeitsstudie. Es wäre schön, wenn die Bohrstelle an einem Ort läge, die auch weitergehende Projekte als nur Energiegewinnung ermöglichen würde.

Jörg Derrer, SP führt aus, seine Fraktion begrüsse es, dass die Stadt zusammen mit Kanton und Bund im Bereich umweltschonender Wärmegewinnung noch mehr unternimmt. Sie ist gespannt auf das Resultat und begrüsst, dass Bund und Kanton sich beteiligen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Urs Weibel, SP wünscht, dass nach der Zusage durch den Kanton die Anträge angepasst werden in dem Sinne, dass der Rat lediglich der Mitfinanzierung zustimmt und den Beitrag Steins bewilligt unter der Voraussetzung, dass sich Bund und Kanton beteiligen. **Stadtpräsident Franz Hostettmann** zitiert aus dem Schreiben des Kantons.

Richard Schlatter, Pro Stein wendet ein, solche Untersuchungen habe es noch nie gegeben, also sollten sie so oder so ausgeführt werden. **Urs Weibel** formuliert seinen Antrag wie folgt: Antrag 3 lautet neu: Der Einwohnerrat bewilligt den Bruttokredit von Fr. 70'500.- für die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie „Geothermieprojekt Stein am Rhein“ unter der Voraussetzung, dass Bund und Kanton sich zu zwei Dritteln an den Kosten beteiligen.

Abstimmung:

Auf den stadträtlichen Antrag entfallen 5 Stimmen.

Der von Urs Weibel neu formulierte Antrag 3 wird einstimmig angenommen.

Schlussabstimmung:

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates zur Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie „Geothermieprojekt Stein am Rhein“.

Der Einwohnerrat stimmt der Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie „Geothermieprojekt Stein am Rhein“ zu.

Der Einwohnerrat bewilligt den Bruttokredit von Fr. 70'500 für die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie „Geothermieprojekt Stein am Rhein“ unter der Voraussetzung, dass Bund und Kanton sich zu zwei Dritteln an den Kosten beteiligen.

Der stadträtliche Antrag 4 wird dadurch überflüssig.

Mitteilung an:

Stadtpräsident
Stadtschreiber
Zentralverwaltung
Bauverwaltung
Ablage

Traktandum 8

28 00.25.005

**BAU, Städtische Gebäude, Alters- und Pflegeheim
Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker: Instandhaltung und
energetische Sanierung. Orientierungsvorlage.**

Sozialreferent René Meile beschreibt zunächst die bestehenden Bauten. Der Komplex besteht aus drei Teilen:

Villa Dietiker, eine Jugendstilvilla. Sie wurde der Stadt geschenkt mit der Auflage, darin ein Altersheim einzurichten;

Längstrakt, 1962 erbaut

Neubau/Anbau aus den Jahren 1988 / 89

Gleichzeitig wurde damals der Längstrakt und die Villa saniert und modernisiert. Die drei Gebäudeteile bilden eine Einheit, die Bausubstanz aber ist uneinheitlich. Seither sind 21 Jahre vergangen. Dem Unterhalt wurde zwar laufend Rechnung getragen. Mit der Zeit stieg jedoch der Sanierungsbedarf stetig. Die technischen Einrichtungen müssen laufend erneuert oder ergänzt werden. Im Laufe der Jahre stiegen die Anforderungen an die Gebäudehülle und an die Haustechnik. Auch besteht Handlungsbedarf wegen des Energieverbrauchs, verstärkt durch die massiv steigenden Energiekosten. Damit die zukünftigen Instandstellungs- und Sanierungsarbeiten grundlegend untersucht und beziffert werden können, bewilligte der Einwohnerrat am 5. Juni 2009 die Einsetzung eines Planers zur Eruiierung des mittelfristigen Renovationsbedarfs von Gebäude und Anlagen. Der Stadtrat beauftragte in der Folge Bauplaner Andreas Frei, den Renovierungsbedarf für die gesamte Anlage zu erarbeiten. In der Folge wurde für die Energie- und Haustechnik eine spezialisierte Firma beauftragt, ein Energiekonzept für den gesamten Heimbereich zu erarbeiten. Diese Arbeit wurde zu 80% vom Kanton bezahlt. Die Arbeiten des Planers wurden durch die Altersheimleitung tatkräftig unterstützt und begleitet. René Meile dankt an dieser Stelle der Heimleitung und der Altersheimkommission bestens für die engagierte Mitarbeit.

Die Arbeiten des Planers erfolgten in zwei Schritten. In einem ersten Schritt erstellte er eine Analyse und teilte das Ganze in verschiedene Teile auf. Es handelt sich dabei um

- Instandhaltung der Gebäude
- Gebäudetechnik
- Instandhaltung der Ausstattung
- Auflagen des Brandschutzes
- Verbesserung der Energieeffizienz der Gebäudehülle und der Gebäudetechnik.

Mit dem Beizug eines Fachmannes für Energiefragen wurde die Basis für eine umfassende Analyse des ganzen Heims gelegt, ohne dass dadurch der Planungskredit überschritten wurde.

Im zweiten Schritt ging es dann an die detaillierte Ausarbeitung. Die beiden Beilagen zeigen das geplante Vorgehen.

Die Sanierung erfolgt im Zeitrahmen zwischen 2010 und zirka 2025. Die Analyse listet auf, was wann gemacht werden muss. Dabei wird auch auf den Bau der Alterswohnungen Rücksicht genommen.

Die geplanten Massnahmen kosten insgesamt brutto 1'935'000 Franken. Der Kanton beteiligt sich mit der neuen Pflegefinanzierung an den Kosten. Dazu gibt es Beiträge an die ungedeckten Betriebskosten, an die Zinskosten und an die Amortisation. Die

Arbeit wird so etappiert, dass der Betrieb des Heims möglichst nicht gestört wird. Für 2011 ist bereits eine erste Tranche von 500'000 Franken vorgesehen. Der Betrag wird in die Investitionsrechnung aufgenommen. In den nachfolgenden Jahren fallen Kosten zwischen 120'000 und 290'000 Franken an. Die Kosten der normalen Unterhaltsarbeiten werden von der Betriebsrechnung übernommen und haben somit Einfluss auf die Heimtarife. Auch an diesen Kosten beteiligt sich der Kanton. Es besteht die Absicht, mit der Umsetzung der Teilschritte Andreas Frei zu beauftragen. Die Bauleitungsaufgaben müssen bei jeder Etappe neu definiert werden. Die Bauleitung ist auch zuständig für die Abrechnung der Kosten der Sanierung, diejenige für die betriebstechnischen Belange besorgt die Heimleitung. Die interne Projektleitung liegt beim Baureferat in Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat unter Leitung des Altersheims.

Das Altersheim ist städtischer Besitz und zieht Unterhaltsarbeiten nach sich. Nach 21 Jahren ist eine Sanierung zwingend notwendig. Der Stadtrat ist sehr interessiert an einem effizienten und kostengünstigen Betrieb. Er ist bestrebt, die Anlagen auf dem neusten Stand der Technik zu halten. Die Etappierung über mehrere Jahre lässt zu, dass der Alltagsbetrieb des Heims aufrechterhalten werden kann. Eine Verlegung der Heimbewohner ist nicht durchführbar. Im Weiteren kann auf die allfällige Realisierung altersgerechter Wohnungen auf dem Areal Irmiger Rücksicht genommen, die Projekte aufeinander abgestimmt werden. Stadtrat Meile bittet die Einwohnerräte, von der Vorlage Kenntnis zu nehmen und dem Vorgehen zuzustimmen.

Eintretensdebatte

Ursula Knecht, FDP, berichtet namens der bürgerlichen Fraktion, dieser sei es wichtig, dass das Altersheim auf einem guten Stand ist. Die Analyse zeigt auf was zu tun ist, wie die Arbeiten etappiert werden sollen und ermöglicht die Planung der Kosten. Die Fraktion nimmt die sehr sorgfältige Arbeit zur Kenntnis.

André Ullmann, Pro Stein, erinnert an die früheren Kosten für die Instandhaltung, welche in der laufenden Rechnung oder der Investitionsrechnung auftauchten. Diese mussten jedes Jahr wieder neu beurteilt werden. Jetzt erhalten wir ein Instrument, um die Sanierung über mehrere Jahre zu planen. Das ist aus zwei Gründen wichtig und richtig:

Die Abstimmung mit anderen Projekten wie Alterswohnungen und weitere bauliche Massnahmen, die über die Instandhaltung hinausgehen.

Es dient der längerfristigen Planung der Tarife.

Die Arbeit ist sehr detailliert; auch Kleinigkeiten wie die Wäsche wurden nicht vergessen.

Urs Weibel, SP schliesst sich diesen Ausführungen an. Das Heim ist auf einem guten Stand, die Bewohner fühlen sich wohl, die Stimmung ist gut. Das schlägt sich schlussendlich auf die Auslastung und damit auf die Rechnung nieder. Ein gutes Altersheim ist ein weiteres Standortargument. Wir wissen nun genau was uns von dieser Seite erwartet und können laufend Anpassungen vornehmen. Die Fraktion nimmt von dem sehr gut ausgearbeiteten Papier gerne Kenntnis, befürwortet Eintreten und wird zustimmen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Wortmeldung

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig:

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates zur Instandhaltung und energetischen Sanierung des gesamten Gebäudekomplexes des Alters- und Pflegeheims Clara Dietiker.

Der Einwohnerrat stimmt dem vorgeschlagenen Vorgehen zu.

Mitteilung an:

Sozialreferent

Leiter Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker

Stadtschreiber

Bauverwaltung

Zentralverwaltung

Ablage

Traktandum 9

29 09.25.000

**VERKEHR, Wasser, Schiffländi allgemeines
Postulat Werner Käser, Bootshafen. Massnahmen zur Aufwertung und Nutzung. Bericht und Antrag auf Abschreibung**

Stadtpräsident Franz Hostettmann verweist auf die Vorlage. Die Hauptvorgaben des kantonalen Tiefbauamtes sind darin aufgeführt. Der Kauf eines Occasionsflosses von Diessenhofen zerschlug sich. Zurzeit liegt eine neue Offerte für ein solches beim Stadtrat. Es wird überprüft, ob mit wenigen Mitteln Sofortmassnahmen möglich sind. Dem Anliegen wird genügend Rechnung getragen, sodass das Postulat abgeschrieben werden kann.

Eintretensdebatte

Werner Käser, FDP führt aus, die Antwort entspreche mehr oder weniger seinen Erwartungen. Zuhanden des Protokolls hält er fest, dass er keine Vermehrung der Bootsplätze anstrebte, und auch der Vergleich mit Lindau stammt nicht von ihm. Mit seinem Postulat strebt er die Verbesserung des Unterhalts und eine nachhaltige Bewirtschaftung an. Er wehrt sich auch nicht gegen dessen Abschreibung. Es leuchtet ein, dass die Neugestaltung der Bootsplätze in die Rheinufergestaltung aufgenommen wird. Er nimmt aber den Stadtrat in die Pflicht, dass der Unterhalt verbessert wird. Vom Bootsclub hat er erfahren, dass die Ordnung dieses Jahr schon wesentlich besser ist. Er hat ferner zur Kenntnis genommen, dass die Offerte für einen Occasionssteg läuft. Er ist gespannt darauf, was diese bewirkt. Weiter erinnert er daran, dass der Stadtrat einmal zusagte, er werde mit der Schifffahrtsgesellschaft darüber verhandeln, dass am Steg über Nacht grosse Gästeboote vertäut werden können. Er wird in der Arbeitsgruppe Rheinufer auf sein Anliegen zurückkommen.

Richard Schlatter, Pro Stein berichtet, in seiner Fraktion habe das Geschäft zu heftigen Diskussionen geführt. Es ist richtig, das Problem im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Rheinufers zu lösen. Es muss auch eine vernünftige Lösung für die Bewirtschaftung gefunden und ein neues Reglement geschaffen werden.

Jörg Derrer, SP erklärt, seine Fraktion warte gespannt auf die Vorschläge der Kommission Rheinufergestaltung. Sie tritt auf die Vorlage ein.

Eintreten ist unbestritten

In der **Detailberatung** wird das Wort nicht verlangt.

Der Einwohnerrat beschliesst mit 11 Stimmen und einer Enthaltung

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates zum Postulat von Werner Käser vom 22.02.2010.

Das Postulat Käser „Bootshafen-Massnahmen zur Aufwertung und Nutzung“ ist gestützt auf die Geschäftsordnung des Einwohnerrates vom 05.12.2003 als erledigt abzuschreiben.

Mitteilung an:

Stadtpräsident

Stadtschreiber

Ablage

Traktandum 10

**30 00.20.010 BAU, Städtische Anlagen, Rheinufer, Stadtgarten/Hettler
Neugestaltung und Aufwertung Schiffflände: Planer-
Ausschreibung, Kreditantrag über Fr. 51'500**

Auch zu diesem Traktandum verweist **Stadtpräsident Franz Hostettmann** auf die Vorlage. Der Planer sollte im März oder April 2011 bestimmt sein, sodass 2012 mit dem Bau begonnen werden kann. Im Gegensatz zum Strandbad ist hier die Finanzierung durch die Jakob und Emma Windler-Stiftung zugesichert.

Eintretensdebatte

Ursula Knecht, FDP, hat bei der Sporthalle HOGA mit Projektskizzen gute Erfahrungen gemacht. Es ist richtig, dass bei der Schiffflände auch so verfahren wird. Sie dankt der Windler-Stiftung für die Übernahme der Kosten. Die Fraktion befürwortet Eintreten.

Für **Guido Lengwiler, Pro Stein**, ist es richtig, dass jetzt weitere Schritte eingeleitet werden. Die Etappierung ist richtig: Zuerst wird das Strandbad saniert, dann die Schiffflände und hoffentlich nach dem Bau des Parkhauses, die Mitte, Stadtgarten und Hettler. Die Schiffflände ist für die Steiner Bevölkerung ein wichtiger Abschnitt wegen des Rheinzugangs, ein Juwel. Es ist daher wichtig, dass dieser Platz mit Bezug zum Rhein, nahe der Stadt gelegen, nicht vernachlässigt wird. Diese Tatsache wird leider von vielen Steinern nicht richtig wahrgenommen. Dank der Windler-Stiftung können wir jetzt etwas Schönes planen

Für die SP-Fraktion, führt **Claudia Eimer, parteilos**, aus, ist die neue Nutzung des Hexenturms und der „Suumetzg“ wichtig. Auch ihre Fraktion dankt der Windler-Stiftung herzlich und wird den Anträgen zustimmen.

Eintreten ist unbestritten

Detailberatung

Für **Franz Marty, CVP** sind die Parkplätze, die aufgehoben werden sollen, ein Knackpunkt.

Der Einwohnerrat beschliesst einstimmig

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates zur Neugestaltung und Aufwertung der Schiffflände.

Der Einwohnerrat stimmt dem Vorgehen zur Bestimmung der Planerin, des Planers für die Gestaltung der Schiffflände zu.

Der Einwohnerrat genehmigt den Kredit von 51'500 Franken zur Bestimmung der Planerin bzw. des Planers für die Gestaltung der Schiffflände.

Der Einwohnerrat stimmt der Mitfinanzierung des Vorhabens in der Höhe von 51'500 Franken durch die Jakob und Emma Windler-Stiftung zu.

Mitteilung an:

Stadtpräsident
Stadtschreiber
Bauverwaltung
Zentralverwaltung
Ablage

Traktandum 11

**31 01.00.010 ERZIEHUNG, Allgemeines, Schule allgemein
Interpellation Franz Marty, CVP, Stein am Rhein „Externe
Evaluation 2010, Kindergarten und Primarschule Stein am
Rhein“**

Zu Beginn der Beratungen stellt Interpellant **Franz Marty, CVP** folgenden Ordnungsantrag: Das Traktandum ist fallen zu lassen, da er unter dem Traktandum allgemeine Umfrage ein wichtiges Anliegen vorbringen wird und die Zeit fortgeschritten ist.

Der Ordnungsantrag Marty wird mit 11 gegen 1 Stimme abgelehnt.

Daraufhin begründet **Franz Marty** seine Interpellation. Nachdem das Schulhaus Schanz selber eine Evaluation durchgeführt hatte, evaluierte der Kanton nochmals. Die Evaluation durch den Kanton war zu wenig extern. Es haben die gleichen Leute mitgewirkt, die schon das ganze Projekt begleitet hatten. Die Schulbehörde beharrt klar auf ihrem Urheberrecht am Bericht. In anderen Gemeinden ist dieser Online zu finden. Der Schulpräsident schreibt, der Kantonsrat sei zuständig. Die Schulbehörde definiert, wie mit der Evaluation umzugehen sei. Der Kanton würde einen Informationsabend begrüssen, an welchem eine Person die ganze Geschichte fundiert vertreten könnte. Es ist nicht so, dass der Kanton das nicht vorsieht, wie von anderer Seite behauptet wurde. Bei verschiedenen Punkten wie Finanzen, Räumlichkeiten usw. ist nicht die Schulbehörde allein zuständig. Die erste Frage ist vielleicht etwas spitzfindig. Bei der Frage nach den Schulräumen ist noch nicht klar definiert, wie viele Räume auf Grund der sinkenden Schülerzahl frei werden. Ganz speziell ist die Geschichte mit dem Lärm. Franz Marty freut sich auf die Beantwortung und wird danach allenfalls noch weitere Ausführungen anbringen.

Schulreferentin Heidi Schilling nimmt wie folgt Stellung:

Die kantonale Abteilung für externe Evaluation hat auf Grund eines Erziehungsratsbeschlusses den Auftrag, in einem Vierjahresrhythmus Schulen mit eingerichteten Schulleitungen zu evaluieren. Die periodische Überprüfung der Schulqualität kommt jeder Schule entgegen. Der abschliessende Evaluationsbericht erfüllt nämlich den Zweck, ihr eine Aussensicht zur Schulqualität zu vermitteln. Aus der Evaluation ergeben sich wichtige Impulse für die Weiterentwicklung. Aufgrund der Entwicklungsempfehlungen erarbeitet die Schule zusammen mit der Schulbehörde und der kantonalen Abteilung für Steuerung und Aufsicht Massnahmen zur Weiterentwicklung. Insofern ist der Evaluationsbericht ein wichtiges Arbeitsinstrument für alle Beteiligten. Das heisst, der Bericht ist eigentlich ein internes Arbeitspapier. Die Schulbehörde Stein hat aber entschieden, im Sinne von Transparenz eine Zusammenfassung der Resultate ins Internet zu stellen. Speziell interessierte Personen konnten eine Kopie des Originalberichts auf der Einwohnerkontrolle abholen.

Wenn man den Bericht durchblättert kann man feststellen, dass die verschiedenen Bereiche aufgeteilt sind in Kernaussagen, Stärken und Schwächen. Auffallend ist, dass der Abschnitt Stärken wesentlich umfangreicher ist als der Bereich Schwächen. Es ist schade, dass in der Interpellation nur gerade die Schwächen zitiert werden. Auch gute Betriebe können immer noch verbessert werden. Das gilt auch für unsere Primarschule Schanz.

Die einzelnen Fragen beantwortet Heidi Schilling wie folgt:

Finanzen, kantonale Unterstützung, Übergangsvereinbarung: Der Kanton legt eine neue Übergangsvereinbarung vor, gültig ab Sommer 2011. Diese sieht folgendermassen aus:

Pro TAGS-Schule und Schuljahr
4 Lektionen

Schulentwicklung
aktuell noch Fr. 5'000.-, ab 2011 nur noch Fr. 3'500.- pro Schuljahr

Ausbildung der Schulleitung
max. Fr. 2'000.-

Schulzimmer:
Über die Verwendung der Schulräume entscheidet die Schulbehörde auf Antrag der Schulleitung.

Vibrieren der Zimmerdecken:
Bei Handlungsbedarf ist es Sache der Schulbehörde, dem Stadtrat einen Sanierungsantrag zu stellen.

Personalplanung:
Für Anstellungen und Entlassungen von Lehrpersonen ist allein die Schulbehörde zuständig.
Die Pensenplanung wird als Ganzes dem Stadtrat und dem Kanton zur Genehmigung vorgelegt.

LQS Verantwortung:
Aktuell ist die Schulbehörde zuständig für die Lehrerqualifikation. Ab Schuljahr 2011/2012 wird gemäss den kantonalen Bestimmungen an den TAGS - Schulen die Personalverantwortung den Schulleitungen übertragen. Was die Entschädigungen der Schulbehörde anbelangt, können auf Grund der veränderten Verhältnisse die Schulbehörde, der Stadtrat oder der Einwohnerrat aktiv werden und eine Änderung des Anstellungs- und Besoldungsreglements aus dem Jahr 2000 beantragen.

Unterrichtszeit:
Die Regelung der Unterrichtszeiten inkl. Pausen ist Sache der Schulbehörde. Für den Stadtrat besteht, da er nicht zuständig ist, auch kein Handlungsbedarf.

Als Mitglied des Einwohnerrates und des Kantonsrats und als ehemaliges Schulbehördenmitglied sollten dem Interpellanten die Aufgabenzuteilungen bekannt sein. Aus der Arbeit in den politischen Gremien kennt er Pflichten und Kompetenzen der Schulbehörde und der politischen Gremien. Diese sind unter anderem im kantonalen Schulgesetz und im Schuldekret definiert. Die Schulbehörde ist als gewähltes Gremium zuständig für Schulfragen. Gemäss Art. 71 Schulgesetzes übt sie die Aufsicht über die kommunalen Schulen aus und sorgt für Einrichtung und Führung der Schulen nach den einschlägigen Vorschriften. In § 55 des Schuldekretes sind die Aufgaben der Schulbehörde aufgelistet.

Der Stadtrat ist ausschliesslich für finanzielle Belange zuständig. Die gestellten Fragen sind - nach Meinung des Stadtrates und der Schulbehörde - grösstenteils an den falschen Adressaten gerichtet. Für den Stadtrat besteht, da er nicht zuständig ist, derzeit kein Handlungsbedarf.

Die Schule ist von öffentlichem Interesse, der Einwohnerrat ist dabei ein wichtiger Partner. Selbstverständlich ist die Schulbehörde bereit und in der Pflicht, Fragen im Rahmen des Zulässigen zu beantworten.

Der Schulpräsident hat dem Interpellanten vor Einreichung seiner Interpellation ein klärendes Gespräch angeboten. Dies ist leider nicht erfolgt und nun findet vor dem

Einwohnerrat der persönliche Unmut gegen die Schule und die Schulbehörde seine Fortsetzung. Die Schulbehörde und der Stadtrat sind überzeugt, dass dieses Misstrauensvotum der Schule Stein am Rhein als wichtigem Standortfaktor nicht dienlich und förderlich ist.

Der Einwohnerrat beschliesst mit 10 gegen 1 Stimme

Diskussion abgelehnt

Ratspräsident Arthur Cantieni bittet **Franz Marty** um ein kurzes Schlusswort. Dieser sagt aus, er sei bei seinen Nachforschungen von einer Adresse an die andere verwiesen worden. Das ist übrigens in Stein am Rhein nicht anders als in Schaffhausen, im Erziehungsdepartement. Wenn eine Lehrperson festhält, dass von einer 45 Minuten dauernden Lektion nur 30 Minuten zum Unterrichten verbleiben, ist nach seiner Auffassung der Stadtrat zuständig. Franz Marty ist selbst an einem Schulbesuchstag Zeuge eines solchen Vorfalls geworden. Viele Eltern geben viel Geld aus für Nachhilfe oder für Privatschulen. Der Stadtrat sollte sich darüber Gedanken machen. Eine grosse Zahl von Sechstklässlern schaffte die Aufnahme in die Abteilung E der Sekundarschule nur dank massiver Nachhilfe. Vor zwei Jahren hat falsches Wettbewerbsdenken in der Oberstufe zu falschen Resultaten geführt. Auch Einwohnerräte sind davon betroffen. Die Situation müsste auch dem Stadtrat zu denken geben. Er ist von der Antwort nur teilweise befriedigt.

Mitteilung an:

Schulreferentin

Stadtschreiber

Ablage

Traktandum 12

Allgemeine Umfrage

Für **Franz Marty, CVP** ist der 26. September als Abstimmungstermin für die Ersatzwahl in den Einwohnerrat nicht haltbar. Nächste Woche müssen bereits die Stimmzettel verteilt werden. Ratspräsident Arthur Cantieni hält fest, der Stadtrat sei zuständig für die Festlegung des Abstimmungstermins. Er bittet diesen, sich zu äussern.

Stadtpräsident Franz Hostettmann ist der Meinung, die Zeit sollte reichen. Im Sinne von Effizienz und Einsparung sollte es möglich sein, die zweite notwendig gewordene Ersatzwahl zusammen mit der ersten abzuwickeln.

Guido Lengwiler, Pro Stein ist erstaunt. Beim Ersatz von zwei Mitgliedern für die GPK vertrat Franz Marty die Auffassung, es sei sofort zu wählen und jetzt will er eine Verschiebung.

Stadtschreiber Stephan Brügel berichtet, die Verwaltung stehe massiv unter Druck, denn die Abstimmungsunterlagen sind verpackt und müssen nächste Woche weg.

Franz Hostettmann ist bereit, den Termin zu verschieben. Die Sache muss rechtlich abgesichert sein.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Schluss der Sitzung 22.15 Uhr

Stein am Rhein, 13. September 2010

Der Protokollführer
Werner Vögeli